

10 Uhr	<p>Eröffnung</p> <p>mit Salomea Genin und Jazzmer - Detlef Rinke und Klaus Wegener</p>	Dunckersaal
11 - 15 Uhr	<p>Arbeitsgruppen & Workshops</p> <p style="text-align: center;"><i>Forum Befreiung: Der 8. Mai ist nie vorbei</i></p> <p>AG "Träger einer unerbittlichen völkischen Idee": Die 6. Armee auf dem Weg nach Stalingrad 1941/42; Dr. Bernd Boll, Mod.: Dr. Kurt Ludwig</p> <p>AG "Widerstand des kleinen Mannes" - Desertion im Nazifaschismus und ihre Behandlung nach der Befreiung; Ludwig Baumann, Mod.: Anita Ritter</p> <p>AG Neubeginn zwischen Aufbruch und Restauration; Dr. Eberhard Schulz, Mod.: Klaus Schüller</p> <p>AG Verhältnis der DDR zum Antifaschismus - nur ein Kampfbegriff? Dr. Kurt Pätzold, Mod.: Elke Pud-zuhn</p> <p>AG "War die DDR antisemitisch?" Antisemitische Vorurteilmuster, Deutungskontexte und ihre his-torischen Bezüge; Susanne Spülbeck, Salomea Genin</p> <p>AG Geschichte im Wandel - Geschichte wird gewendet; Prof. Dr. Manfred Weißbecker, Mod.: Gottfried Christmann</p> <p>AG "Rote Kapos - Widerstand im KZ Buchenwald"; Ernst Jende, Heinz Koch</p> <p style="text-align: center;"><i>Forum Antirassismus</i></p> <p>AG Rassismus und Sexismus: zwei Seiten der gleichen Medaille oder unterschiedliche Währung? Tanja Berg</p> <p>Workshop antirassistische Bildung - Theater der Befreiung; Jutta Weduwen</p> <p>Antirassismus Workshop; Aktion Miteinander</p> <p>AG Bildungsarbeit gegen Rechts; NN</p> <p>AG Widerstand von ImmigrantInnen; Roland Wanitschka</p> <p style="text-align: center;"><i>Forum Antifaschismus aktuell</i></p> <p>AG Freistaat Thüringen gegen Neofaschismus? Astrid Rothe, Dr. Roland Hahnemann, Jürgen Spilling</p> <p>AG Grauzone und kulturelle Hegemonie. Zur Rolle des Neofaschismus; Andreas Speit, Mod.: Frank Zwicker</p> <p>AG Europäische Medienkonzentration - Folge nazistischer Finanzstrategien nach der Niederschla-gung der NS-Regimes? Paolo Fusi, Mod.: Jörg Volbeding</p> <p>AG Staatliche Repression gegen AntiFas; Schwarzrote Hilfe</p> <p>AG Innere Sicherheit; Antifaschistische Aktion Plauen</p> <p>AG Sekten in Thüringen: Neureligiöse Bewegungen, Weltanschauungsgemeinschaften, sogen. Psychogruppen und Okkultismus; Ingo Weidenkaff</p> <p>AG "Die Lüge Europa". Der späte Sieg der Deutschen; Heleno Sana, Mod.: Heidi Hasse</p>	<p>Raum 308</p> <p>Raum 309a</p> <p>Raum 114</p> <p>Raum 416</p> <p>Raum 101a</p> <p>Dunckerzimmer (239)</p> <p>Raum 415</p> <p>Raum 204 (r.)</p> <p>Dunckersaal</p> <p>Ecke vor 108</p> <p>Raum 204 (l.)</p> <p>Raum 405 (r.)</p> <p>Raum 14</p> <p>Raum 209a</p> <p>Raum 314 (r.)</p> <p>Ecke bei 201</p> <p>IGM-Keller</p> <p>Raum 314</p> <p>Raum 137</p>
16 - 18 Uhr	<p>Talkrunden</p> <p>Widerstandskultur oder: von der Last, Deutsche/R zu sein</p> <p>mit: Ludwig Baumann, Bernd Boll, Susanne Spülbeck, Heinz Koch, Manfred Weißbecker; <i>Gesprächslei-tung:</i> Heinz Koch</p> <p>Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein</p> <p>mit: Tanja Berg, NN, Aktion Miteinander, Jutta Weduwen, Jürgen Spilling; <i>Gesprächsleitung:</i> Julika Bürgin</p> <p>AntiFa - aber wofür?</p> <p>mit: Paolo Fusi, Andreas Speit, Roland Wanitschka, Antifaschistische Aktion Plauen, Schwarzrote Hilfe; <i>Gesprächsleitung:</i> Astrid Rothe</p>	<p>Dunckersaal</p> <p>Raum 415</p> <p>Raum 416</p>
18 Uhr	<p>Demonstration gegen Rechts mit Prof. Ludwig Elm, Ludwig Baumann, Junge Antifa, Leila S.</p>	ab HdG

Die **Antifaschistische Aktion Plauen** organisiert in einem bundesweiten Zusammenschluß (AA/BO) lokaler und regionaler Antifa-Gruppen gemeinsame Kampagnen unter anderem gegen Nazizentren

"Aktion Miteinander" ist ein eingetragener Verein, der in Erfurt Begegnungsmöglichkeiten mit und eine Lobby für Ausländer ins Leben rufen will

Ludwig Baumann lebt in Bremen und ist Vorsitzender der Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz e.V.

Tanja Berg studiert Politische Wissenschaften an der Freien Universität Berlin

Dr. **Bernd Boll** lebt in Freiburg und ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" des Hamburger Instituts für Sozialforschung

Paolo Fusi ist in Rom geboren, lebt heute in Thüringen und hat als Wirtschaftsjournalist in der Schweiz die Geschichte(n) europäischer Medien- und Finanzkonzentrationen untersucht und veröffentlicht

Salomea Genin ist Schriftstellerin und lebt in Ost-Berlin

Dr. **Roland Hahnemann** ist Vizepräsident des Thüringer Landtages

Ernst Jende ist ehemaliger Buchenwaldhäftling und Landesvorsitzender des Interessenverbandes der Verfolgten des Naziregimes e.V. in Erfurt

Heinz Koch lebt in Weimar und ist Historiker und Landessprecher des Bundes der Antifaschisten

Prof. Dr. **Kurt Pätzold** ist Historiker, Mitglied der historischen Kommission der PDS und lebt in Berlin

Astrid Rothe lebt in Erfurt, war vor der Wende aktiv in oppositionellen Jugendgruppen, 1989 beteiligt an der Besetzung der Stasi und an der Gründung unabhängiger Jugendgruppen sowie eines autonomen Jugendzentrums

Heleno Sana ist Schriftsteller und lebt in Darmstadt

Dr. **Eberhard Schulz** ist Mitglied des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e.V.

Die **Schwarzrote Hilfe** aus Münster unterstützt von staatlicher Repression bedrohte und betroffene linke Menschen und Bewegungen

Andreas Speit lebt in Hamburg und ist Mitarbeiter der Zeitschrift "Der rechte Rand"

Jürgen Spilling ist Mitglied des Stadtvorstandes der PDS in Erfurt

Susanne Spülbeck ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin und hat eine ethnologische Untersuchung über Antisemitismus in einem Thüringer Dorf durchgeführt

Jutta Weduwen studiert Soziologie an der Freien Universität Berlin und leitet dort das interdisziplinäre Projektstudium "Antirassistische Bildungsarbeit"

Ingo Weidenkaff befaßt sich bei der Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz mit Sektenfragen

Roland Wanitschka ist Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft Antifa/Antirassismus und lebt in Eisenach

Prof. Dr. **Manfred Weißbecker** ist Historiker und Vorsitzender des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e.V.

Bernd Boll

AG "Träger einer unerbittlichen völkischen Idee": Die 6. Armee auf dem Weg nach Stalingrad 1941/42

Seit ihrem Untergang im Kessel von Stalingrad gilt sie als "Opfer Hitlers": die legendäre 6. Armee, die durch zahllose Bücher und Filme zum bekanntesten Großverband der Wehrmacht wurde. Bis heute gilt sie als Vorbild für Kameradschaft und soldatischen Anstand. Die Wirkungsmächtigkeit dieses Opfermythos vermochte mühelos, die tatsächliche Rolle der 6. Armee beim Vormarsch an die Wolga zu verdrängen.

Dem unbefangenen Betrachter bietet sich jedoch ein anderes Bild. Bevor sie selbst zu Opfern wurden, waren Offiziere wie Mannschaften der 6. Armee Träger des Vernichtungs- und Eroberungskrieges von Hitlers Wehrmacht in der nördlichen Ukraine. Er richtete sich gegen Kriegsgefangene ebenso wie gegen die Zivilbevölkerung, vor allem gegen die Juden. Sie erfüllte damit die Aufgabe, die ihr Oberbefehlshaber, Generalfeldmarschall Walter von Reichenau, vorgegeben hatte: "Träger einer unerbittlichen völkischen Idee" zu sein.

Obwohl versucht wurde, die Spuren zu verwischen, belegen die erhaltenen Akten der Armee und der ihr unterstellten Korps und Divisionen diesen Befund. Eine repräsentative Auswahl von Dokumenten liegt für alle TeilnehmerInnen der Arbeitsgruppe als Quellenmaterial bereit und ermöglicht ihnen, sich ein eigenes Urteil über den Beitrag der 6. Armee zum "Unternehmen Barbarossa" zu bilden.

Ludwig Baumann

AG "Widerstand des kleinen Mannes" - Desertion im Nazifaschismus und ihre Behandlung nach der Befreiung

Wir Deserteure, Kriegsdienstverweigerer und 'Wehrkraftzersetzer' des Zweiten Weltkrieges haben im Oktober 1990 unsere Bundesvereinigung gegründet. Mehrere hundert Zeitungen, Radio- und TV-Sendungen haben seitdem über uns berichtet.

Es ist uns auch gelungen, die führenden Historiker und Wissenschaftler auf diesem Gebiet für unseren Beirat zu gewinnen.

Woher kommt es eigentlich, daß wir Deserteure uns erst jetzt zu Wort melden können? Es liegt wohl daran, daß wir nicht nur wie die anderen NS-Verfolgten eine Anklage gegen die Verantwortlichen und die Täter sind, sondern wenn wir, die sich Hitlers Krieg verweigerten, Recht bekommen, dann sind wir offenbar, ob beabsichtigt oder nicht, eine Anklage gegen die ganze männliche deutsche Kriegsgeneration.

Noch 1964 hat der Bundesgerichtshof sinngemäß formuliert: 'Es war ein verbrecherischer Angriffskrieg. Aber der deutsche Soldat hat es nicht gewußt, und wenn er es gewußt hat, so hat er doch seine Pflicht getan. Und darum können die, welche sich dem Krieg verweigerten, nicht anerkannt und entschädigt werden, weil damit der Soldat ins Unrecht gesetzt werden würde.'

Und so erleben wir auch heute noch viele Rückschläge und Anfeindungen. So ist z. B. im Oktober 1990 ein Antrag der GRÜNEN um unsere Anerkennung und Entschädigung im Bundestag auch deshalb gescheitert, weil dem Ausschuß Informationen vorlagen, daß es 'nur' ca. 10.000 Todesurteile gegen uns gab, die NS-Militärjustiz ein 'Hort der Rechtsstaatlichkeit' war, etc. Grundlage dieser Informationen waren z.B. Veröffentlichungen von Prof. Schwinge, einst Kommentator des Wehrrechtsstrafrechts, später einer der furchtbarsten NS-Militär Richter und nach dem Krieg Rektor der Universität Marburg.

Am 11. September 1991 hat das Bundessozialgericht (BSG) in einem Grundsatzurteil der Witwe eines hingerichteten Deserteurs nach einem 6-jährigen Rechtsstreit eine Rente zugesprochen. Die Witwe selbst hat von diesem wichtigen Urteil nicht mehr erfahren: sie verstarb kurz zuvor.

Das Gericht ging nach neuen Forschungen (u.a. von Mitgliedern unseres wissenschaftlichen Beirats) von ca. 50.000 Todesurteilen aus. Die NS-Militärjustiz war der verlängerte Arm des NS-Regimes. Ihre Urteile waren durchweg Unrechtsurteile, gleich denen des Volksgerichtshofs. Sie müßten gleich diesen im Bundestag für Unrecht erklärt werden. Auch muß künftig die Beweislast umgedreht werden, so daß die Behörden und Gerichte uns jetzt unser Unrecht beweisen müssen - so das Urteil. Dies aber gilt bislang leider nur eingeschränkt für den Versorgungsbereich, nicht für die Entschädigung und Rehabilitierung.

Bei unserem späteren Kampf geht es uns aber nicht nur um Deserteure, Kriegsdienstverweigerer und 'Wehrkraftzersetzer' des Zweiten Weltkrieges, sondern auch um die zehntausende von Opfern der Militärpsychiatrie, welche - wenn sie nach traumatischen, körperlichen und seelischen Verwundungen in den NS-Psychiatrien nicht wieder fronttauglich gemacht werden konnten - meist in den KZ's umgebracht wurden.

Es geht uns auch um den Skandal, daß zehntausende Kriegerwitwen der hingerichteten und ermordeten Soldaten des NS-Terrors bislang keine Kriegerwitwenrenten bekamen, anders als die Witwen der Gefallenen der Wehrmacht und der SS.

Im November 1991 sind wir vom Unterausschuss 'Wiedergutmachung' des Bundestages eingeladen worden, unser Anliegen vorzutragen. Auch hatten wir positive Gespräche mit führenden Politikern wie z.B. Frau Prof. Süßmuth, Frau Renate Schmidt und Frau Däubler-Gmelin, sowie den Herren Horst Eylmann, Wolfgang Lüder, Uwe Lambinus, Professor von Stellen, Dr. Friedbert Pflüger und Rainer Eppelmann. Die SPD-Fraktion steht ganz auf unserer Seite, dazu Bündnis 90/DIE GRÜNEN und weitere Mitglieder anderer Fraktionen. Trotz alledem ist uns der Durchbruch nicht gelungen.

Nur Bundesarbeitsminister Dr. Blüm hat für seinen Bereich Versorgung das Urteil umgesetzt. Das heißt vor allem, daß die Kriegerwitwen der umgekommenen Deserteure, Kriegsdienstverweigerer und 'Wehrkraftzersetzer' jetzt endlich Ren-

ten bekommen werden. Wir, die Opfer selber, hatten bislang keinen Erfolg: Anders als die ehemaligen Soldaten der Wehrmacht und der SS bekommen wir nach Todesstrafe, Zuchthaus, Lager und Fronteinsatz in Strafeinheiten diese Zeiten weiterhin nicht als Ersatzzeiten auf unsere Rente angerechnet.

Und Dr. Waigel, dessen Bundesfinanzministerium für unsere Entschädigung zuständig ist, denkt leider trotz des Urteils gar nicht daran, Leute wie uns ohne Auftrag des Bundestages zu entschädigen. Aber auch Dr. Kinkel weigerte sich als ehemaliger Bundesjustizminister mit fadenscheinigen Argumenten, die gegen uns verhängten ca. 50.000 Todesurteilen gleich den Volksgerichtshofsurteilen im Bundestag für Unrecht zu erklären. Er schrieb uns, daß dies ja sicher nicht in unserem eigenen Interesse sein könnte, weil ja in einigen wenigen Fällen die Urteile doch rechtens sein könnten.

Wir wollen dieses Unrecht nicht mehr hinnehmen und weiter um unser Recht streiten, solange noch einige von uns die Kraft dazu haben. - Wir wollen uns aber auch mit unserer Geschichte einbringen für eine humanere, gewaltfreie Gesellschaft.

(Aus dem Vorwort der Broschüre "Opfer der NS-Militärjustiz. Zur Notwendigkeit der Rehabilitierung und Entschädigung")

Eberhart Schulz

AG Neubeginn zwischen Aufbruch und Restauration

1. Der militärische Sieg der Alliierten über den deutschen Faschismus brachte nicht nur die Chance für einen Neubeginn in Deutschland mit sich, sondern machte diesen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens unabdingbar. Offen blieb jedoch, wie radikal dieser Neubeginn sein würde. Die Alliierten bestanden auf der Beseitigung von Faschismus und Militarismus sowie auf einer Demokratisierung nicht nur des politischen und geistig-kulturellen, sondern auch des wirtschaftlichen Lebens. Jedoch legten die Westmächte einerseits und die Sowjetunion andererseits diese Ziele unterschiedlich aus.

Es hing nun von den antifaschistischen Kräften in Deutschland selbst ab, wie sie diese Situation für sich nutzten. Trotz der unterschiedlichen Bedingungen in den einzelnen Besatzungszonen waren sich die politischen Kräfte in Deutschland einig in der Forderung nach der Schaffung antifaschistisch-demokratischer Verhältnisse. Selbst die Kräfte, die sich in den bürgerlichen Parteien zusammenfanden, stimmten für die Beschränkung der Macht des Großkapitals, für die Schaffung von Gemeineigentum in großem Umfang und für die Kontrolle des Staates über die Wirtschaft, wobei allerdings nicht übersehen werden darf, daß manches davon nur ein Zugeständnis an die Stimmung des Volkes war.

2. Die notwendigen Veränderungen mußten inhaltlicher, struktureller und personeller Art sein und sich auf politisches, soziales, wirtschaftliches und geistig-kulturelles Gebiet erstrecken. Eine wirkliche Überwindung des Faschismus und Militarismus sowie eine tiefgreifende Demokratisierung konnte nur gelingen bei der Beseitigung der Macht des Monopolkapitals und des Junkertums in allen gesellschaftlichen Bereichen. Wie weit das zu gehen hatte, darüber herrschte zwischen den Besatzungsmächten allerdings keine einheitliche Auffassung.

In der sowjetischen Zone erfolgte eine radikale personelle Säuberung der Verwaltungen, des Bildungswesens, der Justiz und anderer Bereiche des öffentlichen Lebens von Mitgliedern der NSDAP und deren Gliederungen; die Strukturen und Inhalte wurden ebenfalls grundlegend verändert, faschistischer und militaristischer Ungeist verbannt. Der Großgrundbesitz, die Monopolbetriebe und das Eigentum aktiver Faschisten wurden enteignet. Auch in den westlichen Zonen war eine Entmachtung der Monopole und des Junkertums ins Auge gefaßt, wurden personelle, strukturelle und inhaltliche Veränderungen in den Verwaltungen, im Bildungswesen und im kulturellen Bereich angegangen, wenn auch nicht mit dem Ziel grundlegender Brüche im sozialen Bereich.

3. Restaurative Tendenzen ergaben sich seitens der westlichen Besatzungsmächte schon daraus, daß sie das deutsche Monopolkapital wohl schwächen, aber keineswegs beseitigen wollten. Die bürgerlichen Politiker in den westlichen Zonen unterliefen mit demagogischen Tricks die verbreitete antimonopolistische Stimmung im Volk, täuschten nur vor, eine Entmachtung der Monopole zu wollen und retteten gerade dadurch deren Macht. In ähnlicher Weise verhinderten sie eine grundlegende Umgestaltung der Verwaltungen, der Justiz und des Bildungswesens, dabei auch den - infolge des beginnenden kalten Krieges allerdings immer schwächer werdenden - Intentionen der westlichen Besatzungsmächte entgegenwirkend.

Gefragt werden muß jedoch auch, ob sich nicht sogar in den radikalen Umgestaltungsmaßnahmen in der sowjetischen Besatzungszone Keime restaurativer Art verbargen. Denn in Verbindung mit der Lehre von der Diktatur des Proletariats und von der Partei neuen Typs wurden zweifellos Obrigkeitdenken und Untertanengeist weiter gepflegt und die Entwicklung selbstbewußter und eigenverantwortlich handelnder Bürger enorm behindert.

4. Schon 1947 zeichnete sich ab, daß es einen grundlegenden Neubeginn in ganz Deutschland nicht geben würde. Der beginnende kalte Krieg begünstigte die restaurativen Bestrebungen in den westlichen Zonen, verstärkte aber zugleich autoritatives Vorgehen bei den Umgestaltungen in Ostdeutschland. Überspitzungen bei der antiimperialistischen Umwälzung in der sowjetischen Besatzungszone dienten als Vorwand, grundsätzliche Neugestaltungen in den westlichen Zonen zu verhindern. Umgekehrt lieferte die offensichtliche Restauration alter Zustände dort den Anlaß dafür, die Umgestaltungen im Osten besonders rigoros und durchaus nicht immer demokratisch legitimiert voranzutreiben.

5. Trotz aller genannten Probleme bleibt festzuhalten: Nach dem 8. Mai 1945 setzte in ganz Deutschland ein Neubeginn ein. Ein diktatorisches, terroristisches und zutiefst menschenfeindliches Regime wurde beseitigt; es erfolgte ein Aufbruch in eine menschlichere Gesellschaft. Im Osten Deutschlands wurden die wirtschaftlichen und politischen Grundlagen des Imperialismus beseitigt, soziale und kulturelle Veränderungen im großem Stil eingeleitet. Die konkreten gesellschaftlichen Umstände verhinderten jedoch, daß es zu einer kontinuierlichen und beharrlichen Auseinandersetzung mit dem "alltäglichen" Faschismus, mit Verblendung und Anpassung, mit Obrigkeitgläubigkeit und Untertanengeist kam, daß ein wirklich kämpferischer Demokratismus entwickelt wurde.

Obwohl in den westlichen Zonen die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen des Imperialismus erhalten blieben, wurde trotz aller personellen, strukturellen und zum Teil auch inhaltlichen Kontinuitäten ein Neuanfang hinsichtlich der Schaffung bürgerlich-demokratischer Verhältnisse gemacht, erfolgte ein wirtschaftlicher Aufschwung, konnten soziale Verbesserungen erkämpft und militaristisches, nationalistisches und rassistisches Denken in gewissem Maße zurückgedrängt werden.

Kurt Pätzold

AG Verhältnis der DDR zum Antifaschismus - "Antifaschismus" nur ein Kampfbegriff?

Streiten um den Antifaschismus

Wir wollen versuchen, gemeinsam Fragen an Geschichte und Gegenwart zu stellen und zu beantworten. Die folgenden sind - teils provokatorische - Vorschläge. Sie können abgelehnt, geändert oder ergänzt werden. Darüber wird vor Beginn des Gesprächs eine Verständigung - kurz - stattfinden.

1. Die Herkunft des Antifaschismus in der DDR

Strategisches Konzept, Lebenserfahrung oder/und politisches Kalkül

2. Die Träger des Antifaschismus

Alte Hitlergegner, vieljährige "Mitläufer" und junge "Nachbeter"?

3. Antifaschistische Einheit der DDR-Gesellschaft

Phantom oder Wirklichkeit?

4. Defizite des Antifaschismus in der DDR

Forschungslücken, weiße Flecken und Rituale

5. Der "verordnete" Antifaschismus

Wirklichkeit und Legende

6. Faschismus in der Gegenwart

Reale Gefahr oder aufgeblasenes Feindbild?

7. Antifaschisten heute

Überlebensstrategen der Linken
Ansammlung von Überzeugungstätern
oder was sonst?

8. Ganz praktische Zusatzfrage

Wie könnten Antifaschisten sich und andere anlässlich des 50. Jahrestags des Beginns des Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozesses erinnern?

Susanne Spülbeck

AG "War die DDR antisemitisch?" Antisemitische Vorurteilmuster, Deutungskontexte und ihre historischen Bezüge

Im Mai 1991 zog Susanne Spülbeck in ein thüringisches Dorf, um dort eine 16-monatige ethnologische Feldforschung durchzuführen. Es ging darum, Meinungen und Einstellungen der Einheimischen über die russisch-jüdischen Flüchtlinge zu untersuchen, die dort seit einigen Monaten in einem Übergangwohnheim untergebracht waren. Konfrontiert mit diesen Fremden würden die Einwohner über etwas reden, das vielleicht ansonsten im Alltagsgespräch eines ostdeutschen Dorfes kurz nach der Wende nicht unbedingt Thema war: über Juden.

Die Arbeitsgruppe wird sich mit den Ergebnissen der Feldforschung u. a. anhand von durchgeführten Interviews auseinandersetzen.

Diskussionsfragen:

- Welche Deutungsmöglichkeiten lassen die Aussagen der Interviews zu?
- Welche Ursachen kann es für antisemitische und nationalsozialistische Einstellungen nach der Erfahrung von staatlich propagiertem Antifaschismus und Sozialismus geben?
- Welche historischen Bezüge gibt es?
- Wie wurde der Antisemitismus in der Nachkriegszeit in der Öffentlichkeit, in den Medien und in den Schulen in der DDR behandelt?
- Welche Verarbeitungsstrategien für den Holocaust wurden im öffentlichen Diskurs angeboten?
- Welche Rolle spielt die "Wende" für die Produktion von Ausgrenzungsideologien?
- Aus welche im Mediendiskurs der DDR vorgefertigten Muster kann dabei zurückgegriffen werden?

Prof. Manfred Weißbecker

AG Geschichte im Wandel - Geschichte wird gewendet

Jeder spürt, wie eng die Vergangenheit mit dem eigenen Leben in unserer Gegenwart sowie mit den unzähligen offenen Fragen an die Zukunft der Menschheit verknüpft ist. Insbesondere die Debatten zum 50. Jahrestag des 8. Mai 1945 ("Befreiung" oder "Niederlage"?) ließen dies erkennen; daher brachen offensichtlich konservative Kräfte in Deutschland das Gedenken an den 8. Mai 1945 nach dem 8. Mai 1995 abrupt ab. Ebenso zeigen die Auseinandersetzungen um das Konzentrationslager bzw. um die Gedenkstätte Buchenwald, die konservativen Attacken auf das DenkMal für den unbekanntes Deserteur in Erfurt und nicht zuletzt der Rückblick auf die fünf Jahre seit 1989/90), wie groß einerseits das Interesse an der Geschichte ist, wie stark aber andererseits auch die Bemühungen sind, die Geschichte für politische Zwecke zu instrumentalisieren. Mitunter scheinen historische Argumente nichts anderes zu sein als beliebig verwendbare Schlagetot-Keulen gegen Andersdenkende.

Tatsächlich existiert zwischen Geschichte und Politik stets ein nahezu unauflösliches Spannungsfeld. Daraus hat anti-rassistische Politik wichtige Schlußfolgerungen abzuleiten. Diese können dem einzelnen erleichtern, die notwendigen Entscheidungen zur Bestimmung seines Platzes in der Gesellschaft bzw. zur Wahrnehmung seiner Verantwortung für eine emanzipierte wirkliche freie und demokratische Gesellschaft zu treffen. In solchen Zusammenhängen sollten u. a. folgende Thesen und Fragen diskutiert werden:

1.) Geschichte vollzieht sich seit eh und je als Veränderung des Bestehenden und der vielfältigen Beziehungen von Menschen, Gruppen, Parteien, Klassen, Staaten usw. untereinander. Wandel gehört zur Normalität gesellschaftlicher Verhältnisse. Gerade seine Beständigkeit und seine bunte Formenvielfalt - Revolutionen, Revolten, Putsche, Staatsstrieche, Vereinigungen, Anschlüsse usw. - lassen die Geschichte immer wieder neu und spannend (!), zugleich auch lehrreich sein. Jeder Blick auf Vergangenes muß daher konkret und komplex sein, er sollte sich frei halten von politisch motivierter Willkür und wissenschaftliche Gründlichkeit anstreben

2.) Mit dem Wandel der Geschichte wendet sich in der Regel auch das menschliche Verständnis für die Vergangenheit. Es erweitert und entwickelt sich, es gewinnt neue Dimensionen und Wirkungsmöglichkeiten. Entscheidend ist, **wohin** und **wofür** eine "Wende" im Geschichtsbewußtsein erfolgt. Kritiker des gegenwärtigen konservativen Geschichtsrevisio-nismus stellen fest: Die Vergangenheit (insbesondere die des Wilhelminismus) hat eine Zukunft!

3.) Geschichte wird von Menschen gemacht. Auch Krieg und Diktatur, Terror und Genozid, Rechtsextremismus und Rassismus waren stets deren Produkt. Insofern ist generell zu fragen, wann die Menschheit beginnt, ihre Konflikte und Interessenkollisionen auf allen Ebenen **friedlich** lösen zu wollen. Es wäre zu klären, welche sozialen, politischen und rechtlichen Bedingungen sie sich schaffen muß, um bisheriger Unmenschlichkeit keinen Raum gewähren, um einen humanistischen Weg aus ihren Krisen finden zu können.

4.) Konkret wäre im Rahmen des 4. Erfurter Antirassismus-Ratschlages vor allem danach zu fragen, inwieweit die großen geschichtlichen Wendepunkte des 20. Jahrhunderts deutscher Geschichte - 1914, 1918, 1933, 1945, 1989 - halfen, Rechtsextremismus und Rassismus zu befördern oder zu behindern, welche "Wenden" sie jeweils im Geschichtsverständnis der deutschen Bevölkerung bewirkten und welches deren Ergebnisse gewesen sind.

5.) Weiter wäre u. a. zu fragen:

- Befindet sich die Öffentlichkeit heute auf dem Weg von der Debatte über "Befreiung oder Niederlage" zu jener von deutscher "Schuld oder Unschuld" am Zweitem Weltkrieg und am Holocaust, die anlässlich des 50. Jahrestages des Nürnberger Urteils gegen die Hauptkriegsverbrecher bevorzugen scheint?

- Was sollte getan werden gegen die an Raum gewinnende totalitarismustheoretische Auffassung, daß es zwar die Verbrechen des deutschen Faschismus gegeben habe, darüber aber andere Verbrechen nicht übersehen werden sollten? (So ist in jüngster Zeit vielfach die Rede von "Massakern" in Nemmersdorf oder Aussig, von den Leiden der Vertriebenen und deren Eigentumsansprüchen, vom atomaren Holocaust in Hiroshima und Nagasaki, von den "Auge-um-Auge"-Racheakten überlebender Juden gegenüber deutschen Menschen, vom Unrecht der Nürnberger Siegerjustiz usw.)

- Gewinnt mit einer Relativierung der einmaligen Verbrechen des deutschen Faschismus automatisch auch der Rassismus unserer Tage neuen Motivationsschub und größeren Spielraum?

- Welche Feindbilder braucht die neue deutsche Großmachtspolitik? Vermutlich wird es in diesem Zusammenhang nicht an Versuchen fehlen, auf vielen Gebieten alte rassistische Ideologien und Politikkonzepte zu beleben. Ob dabei - angesichts seiner totalen historischen Diskreditierung - der Antisemitismus erneut im Vordergrund stehen wird, ist zu bezweifeln. Sicher werden aber alte Feindbilder von anderen Völkern - darunter vor allem die von den Russen - auferstehen.

- Wie ist den geschichtsfälschenden Versuchen zu begegnen, die Ursachen und Folgen des Zweiten Weltkrieges auf eine Ebene zu stellen, erstere zu internationalisieren, letztere ins Nationalistische und auch ins Rassistische zu wenden?

6.) In der Geschichte gab es stets auch mutige antifaschistische und antirassistische Aktionen humanistischer Kräfte. Was bedeuten sie uns heute, auch wenn sie ohne erkennbaren Erfolg geblieben sind? Wie kann die Erinnerung an sie dazu beitragen, neue und unserer Zeit gemäße Formen des Ringens um die erfolgreiche Verhinderung einer neuen Zukunft von Krieg, Faschismus und Rassismus zu finden?

Ernst Jende, Heinz Koch

AG "Rote Kapos - Widerstand im KZ Buchenwald"

Seit einigen Jahren beschäftigen sich bestimmte Medien mit den sogenannten roten Kapos von Buchenwald.

Was sollte man/frau darüber wissen:

Nach dem Vorbild deutscher Strafanstalten setzte auch in den KZ die SS-Führung der Lager Häftlinge in bestimmte Funktionen ein. Sie sollten z.B. als Blockälteste in den Wohnbarracken für Ordnung und Disziplin sorgen. Dazu hatten sie einen Blockschreiber und Blockdienste als Helfer. In den Arbeitskommandos wurden Häftlinge als Kapos eingesetzt. (Das aus dem italienischen stammende Wort bedeutet "Kopf" und kann als Leiter, Meister gedeutet werden.) In großen Arbeitskommandos gab es noch die Häftlingsfunktion des Vorarbeiters. In solchen Funktionen waren Häftlinge tätig, die die fachlichen Voraussetzungen als qualifizierte Handwerker (wie Maurer, Fliesenleger, Klempner, Schmiede, Schlosser, Elektriker, Buchbinder, usw.) mitbrachten.

Die SS-Angehörigen waren in der Regel unfähig, solche Arbeitskommandos fachlich zu leiten.

Der Einsatz von Häftlingen in solchen Funktionen bedeutete keineswegs, daß die SS-Führer Macht an die Häftlinge delegierten.

Jeder Blockälteste war einem SS-Blockführer gegenüber verantwortlich und jeder Kapo eines Arbeitskommandos hatte einen SS-Kommandoführer als Vorgesetzten.

In allen KZ bevorzugte die SS Häftlinge mit einer kriminellen Vergangenheit oder straffällig gewordene Nazis bei der Besetzung von sogenannten Häftlingsfunktionen. Sie waren in der Mehrzahl willfährige Helfer der SS, schlugen Mitgefängene, stahlen und bereicherten sich am Häftlingseigentum. Damit wurden die Überlebenschancen weiter eingeschränkt und die Lage für die Häftlingengesellschaft noch verschlechtert. Es gab KZ, in denen bis zur Befreiung Kriminelle als Helfer der SS das Klima bestimmten.

Es gab jedoch auch Funktionen für die es keine Kriminellen mit entsprechender fachlicher Qualifikation gab. Ich will nur zwei Kommandos nennen.

Es waren die Baukommandos und das Kommando Lagerfriseur. Robert Schreck ist als Kapo des Baukommandos I im KZ Buchenwald zu einer legendären Figur geworden. Durch die Ausbildung hunderter jüdischer Jungen zu Maurern hat er ihnen das Leben gerettet. Franz Eichhorn, ein parteiloser Antifaschist, war Kapo der Lagerfriseur. In dieser Eigenschaft mußte er täglich den Kommandanten und seine Angehörigen des SS-Stabes rasieren. Damit gewann er das Vertrauen dieser Leute und nahm dadurch Einfluß darauf, daß kriminelle Schläger und Diebe nach und nach als Blockälteste und als Kapos sowie als Vorarbeiter abgelöst und politische Häftlinge (Leute mit dem roten Winkel) solche Funktionen übernahmen. Das waren Menschen, die sich auch unter den schwierigen Bedingungen der KZ-Haft ihre humanistische Gesinnung bewahrt hatten, die solidarisch handelten und die durch ihre internationalistische Haltung für eine Zusammenarbeit mit den ausländischen Häftlingen eintraten. Ausländer waren aber seit 1941/42 die Mehrheit der Häftlingengesellschaft in Buchenwald.

Natürlich konnten die roten Häftlingsfunktionäre (mehrheitlich ehemalige Mitglieder der KPD und SPD) keine grundsätzlichen Veränderungen im Lagerleben erreichen. Der Mordterror der SS tobte weiter und nur in Einzelfällen konnte das Leben vom Mord bedrohter Häftlinge durch Tausch der Identität gerettet werden.

Was die roten Häftlingsfunktionäre konnten war z.B. für eine gerechte Verteilung der wenigen Lebensmittel zu sorgen, das Schlagen von Häftlingen durch andere Häftlinge zu unterbinden, nach dem "Faustrecht", dgl. in vielen anderen Lagern herrschte, weitgehend Schluß zu machen. Im KZ Buchenwald herrschte deshalb ein anderes Klima in der Häftlingengesellschaft als in den anderen Lagern.

Mit Hilfe der roten Häftlingsfunktionäre konnte sich im KZ Buchenwald zuerst eine deutsche und dann eine internationale kospirative Widerstandsbewegung entwickeln, die zunächst von Kommunisten getragen wurde, dann jedoch durch die Volksfrontkomitees alle politischen Richtungen in den einzelnen nationalen Widerstandsgruppen vereinigte.

Auf der Basis der Existenz eines in tiefster Illegalität wirkenden Internationalen Lagerkomitees wurde ab 1943 begonnen eine internationale Militärorganisation zu bilden, sie zu bewaffnen und auf einen bewaffneten Aufstand vorzubereiten, der dann am 11. April 1945 möglich war.

Das alles ging nur, weil rote Häftlingsfunktionäre diese Arbeit unter ständiger Lebensgefahr gegenüber der SS abdeckten.

Sie ermöglichten die geheimen Beratungen im Häftlingskrankenbau. In den Kommandos " Lagerschutz " und " Lagerfeuerwehr " waren nur Mitglieder der Militärorganisation eingegliedert.

Daß im KZ Buchenwald tausende jüdische Häftlinge, darunter fast tausend Kinder und Jugendliche gerettet wurden, ist wesentlich dem Wirken der roten Kapos zu danken.

Daß seit einigen Jahren über diese Menschen so oft geschrieben und geredet wird, daß sie sogar in der neuen Ausstellung in der Gedenkstätte Buchenwald vielfach difamiert werden, hängt mit dem Versuch zusammen, Kommunisten und anderen Linken jeden Anteil am Widerstand gegen Hitler abzusprechen bzw. ihren Widerstand zu diskreditieren.

Dabei bedienen sie sich der 1932 im ehemaligen zentralen Parteiarchiv der SED gefundenen Verhörprotokolle.

1946 beginnend befaßten sich Untersuchungskommissionen im Auftrage des SED- Parteivorstandes mit Vorwürfen über das Verhalten von Parteimitgliedern in Nazihaftanstalten. Diese Untersuchungen, die bis in die 50er Jahre gingen, wurden unter sowjetischem Einfluß dazu genutzt, um in der DDR genau wie in Bulgarien, Ungarn und der CSR einen Prozeß gegen angebliche Feinde des Sozialismus in den Reihen der SED zu inszenieren.

Nach dem Tod von Stalins kam dieser Prozeß nicht mehr zustande. Vielen ehemaligen Häftlingen des KZ Buchenwald wurde aber durch die SED-Führung großes Unrecht getan und manche für immer in das politische Abseits gedrängt

Deshalb ist es wichtig, die historische Wahrheit zu verteidigen.

Tanja Berg

AG Rassismus und Sexismus: zwei Seiten der gleichen Medaille oder unterschiedliche Währung?

Die *Weltfrauenkonferenz* in Peking stand vor wenigen Wochen im Mittelpunkt der Medienöffentlichkeit. Die norwegische Ministerpräsidentin Brundtland brachte die Situation von Frauen in ihrer UN Rede folgendermaßen auf den Punkt: es gibt keinen Staat, in dem Frauen wirklich gleichberechtigt sind.

Die Arbeitsgruppen im fernen China hatten die unterschiedlichsten Schwerpunkte, angefangen bei der Gleichberechtigung der Frau, über sexuelle Gewalt gegen Frauen, Mädchen und Lesben, die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen und Mädchen, Fragen wie das Abtreibungsrecht usw..

Sexismus das ist die Diskriminierung einer Person auf Grund ihres Geschlechts. Dabei handelt es sich in 99,9 % aller Fälle um die Unterdrückung von Frauen. Orte an denen Frauen Sexismus erleben, sind die Familie, der Kindergarten, die Schule, der Arbeitsplatz und auf der Straße, Angriffe auf die Integrität der Frau finden sich in fast allen Lebensbereichen.

Doch was heißt das im Konkreten; wo und wie werden Frauen in unserer Gesellschaft benachteiligt oder unterdrückt? Was für eine Struktur liegt dieser HERRSchaft zugrunde?

Rassismus meint die Diskriminierung einer Person auf Grund ihrer Ethnie (Nationalität oder/und religiösen Bekenntnisses).

Auch Rassismus findet sich in Familien, im Kindergarten, in der Schule, am Arbeitsplatz und auf der Straße, auch hierbei läßt sich die Liste beliebig verlängern, kein Bereich unseres gesellschaftlichen Lebens ist frei davon.

Seien es die Berichte über Abschiebungen in Folter-Staaten oder der neueste Türken-Witz oder "nur" der "Negerkuß" beim Bäcker, rassistische Sprüche, Vorurteile, Redewendungen oder gar gewalttätige Übergriffe sind für uns fast zum täglichen Selbstverständnis geworden. Besonders Nichtdeutsche, schwarze Deutsche, JüdInnen, MigrantInnen und AsylbewerberInnen sind von Ausgrenzung, Gewalt und Benachteiligung und Marginalisierung betroffen.

Wie und wo äußert sich das im gesellschaftlichem Leben ?

Wie ist diese Herrschaft begründet und wer übt sie aus?

Gibt es darin Unterschiede zwischen Frauen und Männern?

Die Arbeitsgruppe wird sich mit den unterschiedlichen Strukturen, aber auch den Zusammenhängen und Verknüpfungen von Rassismus und Sexismus befassen. Mögliche Ansatzpunkte könnten dafür die Diskussionen in der Neuen Frauenbewegung um Rassismus und Antisemitismus oder die Linke und ihre sexistischen Traditionen sein. Dies sind nur zwei Möglichkeiten vielleicht gibt es auch andere Zusammenhänge, in denen sich die TeilnehmerInnen bewegen, wo diese Themen von Bedeutung sind.

Unsere Gesellschaft umfaßt eine Vielzahl von Herrschaftsverhältnissen, wer Lust hat, sich genauer mit Rassismus und Sexismus zu beschäftigen, die/der ist hier genau richtig.

Es soll sowohl um theoretische Grundlagen als auch um eigene Erfahrungen gehen.

Ich freue mich auf hoffentlich spannende Diskussionen.

Jutta Weduwen

Workshop antirassistische Bildung - Theater der Befreiung

Das 'Theater der Befreiung' wurde von dem Brasilianer Augusto Boal entwickelt. Ihm ging und geht es darum, im Theater Unterdrückungsverhältnisse zu verdeutlichen und gemeinsam mit den ZuschauerInnen Möglichkeiten der Befreiung zu erproben. Die ZuschauerInnen greifen aktiv in das Schauspiel ein.

In den letzten Jahren wurde die Methode auch in Deutschland sehr populär.

Das Forumtheater ist eine Spielart des Theaters der Befreiung. Es bietet die Möglichkeit, mit Rassismus in der Bildungsarbeit umzugehen. Die Methode kann zum einen den ganz alltäglichen Rassismus deutlich machen, der uns überall begegnet und an dem wir vielleicht auch manchmal beteiligt sind. Zum anderen kann damit spielerisch Widerstand oder antirassistisches Handeln geprobt werden.

In der Arbeitsgruppe wollen wir die Methode selbst ausprobieren. Schauspielerische Fähigkeiten sind nicht notwendig! Anschließend können wir reflektieren und diskutieren, wo und mit wem das Forumtheater sinnvoll sein kann.

Aktion Miteinander

Antirassismus Workshop

Oder: "Die Entwicklung interkultureller Kompetenz bei ostdeutschen Jugendlichen"

Geprobt werden in diesem Workshop verschiedene Methoden, Übungen und Spiele, die in unterschiedlichen Altersstufen den Prozeß vorbereiten, der bei Jugendlichen ausgelöst wird, wenn sie in Kontakt mit AusländerInnen kommen. Besonderer Wert wird dabei auf die Selbsterkennung verschiedener Verdrängungsprozesse und Verteidigungssysteme des Menschen im allgemeinen und im besonderen Randgruppen gegenüber gelegt.

Es soll versucht werden, verschiedene ausländische Konzepte (Niederlande, Großbritannien) auf ihre Brauchbarkeit in den Neuen Bundesländern auszuprobieren.

NN

AG Bildungsarbeit gegen Rechts

Zuerst war die Schule mit Hakenkreuzen beschmiert, dann wurde das EinwanderInnenheim meiner SchülerInnen überfallen, kreuzten Nazis im Jugendzentrum auf, fielen Schüsse auf das Heim, wurde die Wandzeitung meiner SchülerInnen (sog. 'Ausländer') zerstört. Erst dann wachte ich als Lehrer auf, wurde gegen Nazis aktiv, arbeitete mich in die Bildungsarbeit gegen Rechtsgewalt ein, die **drei Dimensionen hat: Erwachsenenbildung, Jugendarbeit außerhalb der Schule, Unterricht in Schulen**. Drei sehr unterschiedliche Bereiche der Pädagogik, dennoch haben sich die gleichen Methoden bewährt mit einer neuen Didaktik (Lehrmethode). Die gängige Methode der positivistischen Erziehung greift nicht, sie taugt nur für das **FÜR** (für Solidarität, Demokratie erziehen, für eine kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Mißständen), versagt jedoch bei der Bildungsarbeit **GEGEN**. Deswegen läßt Nazis das (meist vergebliche) Bemühen von LehrerInnen und Sozialpädagogen kalt, die sich mit dem **Nationalsozialismus heute** auseinandersetzen. Ernst nehmen von rechten Einstellungen, erforschen, was dahinter steckt, rechtes Gedankengut und die ganze Nazischeiße kennenlernen, mit Gefährdeten und angehenden Nazis sich ernsthaft auseinandersetzen jedoch, trifft voll ins Auge der alten und neuen Nazikader.

Wer das tut, egal ob in Jugendbildung, Sozialarbeit oder in der Schule, gegen den bricht dann der Naziterror los, mit Briefen, Anrufen, Ausspionieren. Die schmieren einen in ihren Naziblättern und Mailboxen breit (am bekanntesten **'Der Einblick'**, die sog. 'Todesliste') und jede dieser Schmierereien ist eine Aufforderung zu purer Gewalt, zu Attentaten. Klagt man dagegen, so haben Nazis Anwälte und das große Geld, da wird man ganz schnell arm. Staatsanwälte, Richter stehen nicht auf deiner Seite und folgen den Argumenten der Nazianwälte. Und die verklagen nunmehr dich, hast du doch deren Ruf geschädigt und schnell reagiert diesmal die Justiz ganz anders und verurteilt dich (Strafbefehl wegen angeblich falscher Anzeige eines bekannten Nazis, verurteilt zu Ermittlungskosten bei anderer Anzeige). Briefe tastest du vorher erst vorsichtig ab und manchen bringst du dann zur Polizei. Schutz kriegst du nicht von Staat, KollegInnen, Vorgesetzten, eine große Solidarität von Antifas, vielen anderen Gruppen und Menschen aber bundesweit.

Und dann kommt die Solidarität der KollegInnen, wird man meinen, und dann stehen alle hinter einem. Ganz anders kommts, Engagement gegen Nazis ist unerwünscht, das stört. Denn dadurch wird aufgedeckt, daß an fast jeder Schule, in jedem Ort was los ist mit Nazis, und eh du dich versiehst, da wirst du abgestraft ('strafversetzt', so wars bei mir), gesellschaftlich geächtet. Merke, wer was gegen Nazis tut, der wird (besonders im öffentl. Dienst) geächtet. Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen, die Decke des Schweigens nicht lüften, ist die Devise. Dazu kommt das Mobbing der KollegInnen vor Ort, und auch Gewerkschafter machen mit (ein Kreisvorstand der GEW wars in meinem Fall) und jede/r muß sich klar werden, was auf sie/ihn zukommt, wenn aktiv gegen Nazis eingetreten wird.

Dennoch ist Bildung gegen Neonazis und Rechtsgewalt notwendiger denn je, zu perfide sind die Methoden, mit denen sie versuchen, Einfluß auf Kinder und Jugendliche zu gewinnen und bei ca. 3 - 5 % gelingt es ihnen auch, sie zu kriminellen Gewalttätern, Körperverletzern und Mördern (durchgängig männlich) zu machen. Kaum ein Kind (schon ab den Klassen 4/5) und Jugendlicher hat noch nichts von Aktivitäten junger Nazis am Wohnort gehört, viele waren schon in Konfrontationen mit ihnen verwickelt, viele leiden darunter.

Zielgruppe: Jugendliche, Eltern, SozialarbeiterInnen, LehrerInnen, HochschullehrerInnen und alle, die sich für das das Thema interessieren. Je nach Zusammensetzung, Interessen und Wünschen der Teilnehmer werden Grundlagen an Hand von ganz harten Naziquellen (Videos, Nazi-Rock und andere Musik, Ideologietexte, Zeitungen etc. (das meiste strafbar) erarbeitet (und evtl. präsentiert). Konzepte zur Bildungsarbeit sollten diskutiert oder erstellt werden (der Referent bringt viele eigene Konzepte mit sowie eine kleine Präsentation von SchülerInnenarbeiten). Eigene Erfahrungen, Konzepte, Literatur, Nazimaterialien (Quellen) sollten mitgebracht werden. Wir wollen selbst so vorgehen, wie man es auch in der praktischen Bildungsarbeit mit Erfolg machen kann. Auf Wunsch der TeilnehmerInnen kann auch das Theoretische Schwerpunkt sein.

Roland Wanitschka

AG Widerstand von ImmigrantInnen

Fremdenhaß, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus sind reale Erscheinungen in der Bundesrepublik Deutschland.

Seit der sogenannten Wiedervereinigung haben sich mit der damit verbundenen Zunahme des Nationalismus auch die Aus- und Abgrenzung gegenüber hier lebenden AusländerInnen potenziert, was viele von ihnen unmittelbar persönlich betrifft. Das reicht von fremdenfeindlichen Äußerungen über Übergriffe bis zum Mord.

Die Medien und die staatstragende politische Elite haben das ihre zu der Feindbilddarstellung (Asylant, Wirtschaftsflüchtling, Ausländerkriminalität...) getan.

Es hat sich ein allgemeines Klima von latentem und zum Teil offenem Rassismus herausgebildet.

Mit dem Abschiebeabkommen mit Rumänien vor allem für Roma, dem Abschiebeabkommen mit Vietnam, der Einschränkung bzw. de facto Abschaffung des Asylrechts, dem Verbot von mehreren kurdischen Organisationen, um nur einige Beispiele zu nennen, werden von staatlicher Seite nichtdeutsche Menschen diskriminiert und offizieller Gewalt ausgesetzt.

Widerstand gegen staatliche und gesellschaftliche fremdenfeindliche und rassistische Übergriffe ist kaum wahrnehmbar. Er wäre nötiger denn je.

Durch die rechtlichen Einschränkungen der demokratischen Teilnahme am öffentlichen Leben und der teilweisen Kriminalisierung von AusländerInnen wird der Versuch unternommen, Gegenwehr der betroffenen Menschen zu verhindern und sie zu entsolidarisieren.

Welche Möglichkeiten des Widerstandes von betroffenen ausländischen Menschen sind denk- und machbar?

Mit in Thüringen lebenden vietnamesischen und kurdischen Menschen wird darüber zu diskutieren sein, inwieweit Gegenwehr und politische Arbeit überhaupt möglich und welche Formen und Wege dabei gangbar sind.

Welche Erfahrungen wurden bisher gesammelt und wie kann Widerstand gemeinsam und solidarisch geleistet werden ?

Roland Hahnemann, Astrid Rothe, Jürgen Spilling

AG Freistaat Thüringen gegen Neofaschismus? Eine Sicht auf die erste Wahlperiode des Thüringer Landtages

- Mit der Öffnung der Mauer im November 1989 verschärften sich die Probleme mit Rechtsextremismus und Faschismus im Osten Deutschlands. Natürlich gab es schon vorher Neofaschisten und eine neofaschistische Jugendszene, aber von organisiertem Neofaschismus kann nicht die Rede sein. Mit dem Zusammenbruch der in der DDR üblichen Jugendstrukturen wie Jugendklubs, Arbeitsgemeinschaften, Sportgemeinschaften, Jugendarbeit und der mit der Vereinigung Deutschlands einhergehenden Welle des Nationalismus wurden vor allem in bestimmten Bereichen der Jugendszene immer stärker werdende Tendenzen zum Rechtsradikalismus deutlich. Die damaligen, im Zerfall befindlichen staatlichen Strukturen waren nicht in der Lage, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Dazu kam ein politisches Vakuum, das von neofaschistischen Organisationen der alten Bundesländer genutzt wurde, um im Osten Fuß zu fassen.
- Die ersten Wahlen zum Thüringer Landtag waren ebenso wie bereits die Wahlen zur "Vereinigungsvolkskammer" im März 1990 von starken rechten Tendenzen begleitet. Deutlich wurde das in Wahlparolen von CDU, Demokratischer Aufbruch und DSU (diese drei Parteien bildeten die "Allianz für Deutschland"). Im ersten Thüringer Landtag wurde das Thema Neofaschismus von Anfang an unterschätzt und verharmlost. Vor allem durch Aussagen der CDU wurde deutlich, daß es kaum einen politischen Willen gab, der Rechtsentwicklung etwas entgegenzusetzen. Dabei war es den Vertretern der Regierungskoalition eher peinlich, über Probleme mit rechten Gewalttättern zu sprechen und darüber nachzudenken, wie dieser Entwicklung entgegengewirkt werden kann. Erst als sich in der Öffentlichkeit Widerstand gegen diese Tendenzen formierte, wurde auch im Parlament deutlicher über diese Probleme gesprochen.

Verschiedene Argumentationsmuster sind von damals bis heute sichtbar:

1. Rechte und linke Gewalttäter werden gleichgesetzt und stets in einem Atemzug genannt;
 2. Für die Rechtsentwicklung in den neuen Ländern ist der verordnete Antifaschismus in der DDR verantwortlich;
 3. Die Zeit des Faschismus in Deutschland wird der Zeit der DDR gleichgesetzt (beides **gleichermaßen** menschenverachtende Diktaturen); Noch deutlicher wurde diese Tatsache immer dann, wenn von der Opposition nach Erkenntnissen des Innenministeriums zu konkreten, meist in der Öffentlichkeit bereits diskutierten Veranstaltungen von neofaschistischen oder anderen rechtsextremen Organisationen gefragt wurde und eine Debatte zu diesem Thema angestrebt wurde. In der Regel wurden Anträge auf Debatten des Landtages zu diesem Thema mit der Mehrheit der Regierungskoalition weggestimmt.
- Das vom Bundesministerium für Jugend aufgelegte Programm gegen Aggression und Gewalt führte dazu, daß begrenzte Finanzen nach Thüringen flossen, um rechtsextreme Gewalttäter zu bekehren, aber es führte nicht zu Nachdenken bei den Politikern der verschiedensten Ebenen. Ernstzunehmende Konzepte, die auf der klaren Analyse der Situation unter Jugendlichen beruhten, wurden nur in sehr begrenztem Maße entwickelt. Initiativen von Thüringer Jugendverbänden wurden durch den Mangel an finanziellen Möglichkeiten oft nicht im größeren Maße wirksam. Gerade hier waren die starren Förderrichtlinien hinderlich. Sozialarbeiter, die teilweise selbst aus der rechten Szene kamen, übernahmen die Betreuung und die inhaltliche Gestaltung der Arbeit in diesen rechten Jugendklubs.
 - Alle diese Ereignisse liefen zeitgleich mit einer beispiellosen Auseinandersetzung um das Asylrecht in Deutschland. Die Thüringer Regierungskoalition und teilweise auch die SPD traten lauthals für die Beseitigung des Asylrechtes in der bis dato existierenden Form ein und kritisierten sich gegenseitig, nicht energisch genug gegen "Scheinasylanten" und "Wirtschaftsflüchtlinge" zu handeln.

(Thesen von Jürgen Spilling)

Andreas Speit

AG Grauzone und kulturelle Hegemonie. Zur Rolle des Neofaschismus

"Rechts, wo die Mitte ist"¹ Thesen und Provokationen

*Start man auf direkte Nazismen,
sieht man nichts wesentliches.
W. F. Haug 1989²*

Ein Blick in die bundesrepublikanische Medienlandschaft könnte den Eindruck erwecken, als wenn der Neofaschismus im allgemeinen und die sog. "Neue Rechte" im besonderen, zum einen keine Relevanz hätte und zum anderen keine Bedrohung sei. Positive Ausnahmen sollten das Gesamtbild nicht beschönigen. Der momentane Rückgang der neofaschistischen Strukturen werden nach den halbherzigen und lang vorher angekündigten Eingriffen des Polizei- und Repressionsapparates als desolat dargestellt. Die rechtsmotivierten Angriffe und Anschläge, sowie die Morde, werden relativiert und heruntergespielt. Waffenfunde und Wehrsportübungen sind kein Thema. Gleichzeitig bieten die Medien schnell eine Individual-Täter-Opfer-Perspektive. So werden die Täter meistens als desorientierte "irregeleitete" Jugendliche beschrieben, die in keinsterweise Kontakte und Beziehungen zum organisierten Neofaschismus hätten.

Fast gänzlich unerwähnt bleibt die sog. "Neue Rechte". Sowohl deren personelle Verflechtungen, Zirkel und Kreise werden ausgeblendet, als auch, erst recht, deren politischer und kultureller Einfluß. Dabei erlangen die sich neugebenden "Rechten" immer mehr an Einfluß. Sie werden eingeladen, als Diskussionspartner akzeptiert, ihre Begriffe und Diskussionen aufgegriffen und thematisiert. "Rechtskonservative" bis "neurechte" Persönlichkeiten sind in den Medien present und geben sich auf Tagungen und Seminaren die Klinke in die Hand. Arnulf Baring tritt als objektiver Historiker bei allen Fernsehkanälen, bei ARD und ZDR, als allgemeine Fachkompetenz zur "deutschen politischen Wetterlage", beim NDR, als Parteistrategie und bei SAT 1 als Wahlexperte auf. Karl Heinz Röhl stellt in einer Talkrunde sein neues Buch und seine Positionen dar. Ulrich Schacht und Karlheinz Weißmann referieren über die "Nation" in der Evangelischen Akademie Loccum und Günter Rohrmoser widmet sich einem anderen Thema in der Evangelischen Akademie Hofgeismar. "Neurechte" "Denkfabriken", "Stiftungen" und eine Anzahl von Vereinen, sowie Verlage, helfen hierbei und garantieren die finanzielle Basis. Rainer Zitelmann und "Die Welt", als auch der "Ullsteinverlag" haben sich hierbei, neben anderen, einen Namen gemacht.

Das "Studienzentrum Weikersheim e.V.", die "Carl-Friedrich-von Siemens-Stiftung" und das "Thule-Seminar" sind seit Jahren in diesem Kontext bekannt. Dabei können die Stiftungen und Vereine auf Gelder der öffentlichen Hand und Industrie zurückgreifen.

Im Verlaufe der AG sollen jene Verflechtungen beleuchtet und anhand von Themenfeldern deren kultureller und politischer Einfluß dargestellt werden. Das Signum "Neue Rechte" dient als Arbeitsbegriff. Wie wenig neu die sich neugebenden sind, ist seit Anfang der 80er Jahre dargelegt worden. Der Blick soll sich auf die "Mitte der Gesellschaft" richten. Die Betrachtung der Parteienlandschaft, sowie eine Beobachtung kultureller gesellschaftlicher Strömungen, als auch ein Hinterfragen von verschiedenen politischen und kulturellen Diskursen ist von Nöten.

Einige Thesen für die Diskussion:

"Deutsche Demokraten"³ - "Nationaler Konsens"

Längst beschränkt sich die Grauzone nicht mehr nur im wesentlichen auf das "klassische" Spektrum zwischen Konservatismus und Neofaschismus. "Neurechte" Theoretiker und "neurechte" Theoreme finden sich in allen Parteien der bürgerlichen "Mitte".

Innerhalb der CDU und CSU erstarkt der "rechtskonservative" (wertkonservative) Flügel, gewinnt an Dominanz, sucht und findet Anschluß an die sog. "Neuen Rechten". Die SPD ist neben der Suche nach den richtigen Personen auf der Suche nach neuen Inhalten. Ein Erwachen der national-sozialdemokratischen Tradition wird kaum wahrgenommen.

Ebensowenig das Zusammengehen von Sozialdemokraten mit "Neuen Rechten". Bekannte Sozialdemokraten schreiben für "neurechte" Periodika und lassen sich interviewen.

Eine kurze Beachtung fand das Aufleben alter deutsch-nationaler Traditionen in der FDP. Nach ihrem letzten Parteitag ist dies zwar kein Thema für die Partei selbst mehr, geschweige denn für die Medien, aber die deutsch-national-"Liberalen" formieren und etablieren sich in der FDP. "Neurechte" Persönlichkeiten gesellen sich hinzu.

Bündnis 90/Die Grünen nähern sich peu à peu den "alten" Parteien an und wenden sich zugleich ihren alten Wurzeln zu. Wertkonservative Konzepte sind kein Tabu mehr, ebensowenig das Suchen nach dem ökologischen, wertkonservativen Spektrum als "neues" Klientel. Das Verhältnis zwischen ÖDP und Bündnis 90/Die Grünen ist exemplarisch.

Von links nach rechts

Seit einigen Jahren ist nun mehr eine stille und schleichende Hinwendung verschiedener alternativer gesellschaftlicher Strömungen nach Rechts festzustellen.

Die Ökologie-Bewegung bezieht sich immer mehr auf konservative bis faschistoide Konzepte. Ökofaschistische Analysen und Visionen kommen zum Tragen. Personelle Verflechtungen sind keine Seltenheit mehr.

Die Alt-68er und Alternativen der 70er und 80er zeigen Diskussionsbereitschaft und Akzeptanz gegenüber der "Neuen Rechten".

Die nationalen Tendenzen der Friedensbewegung finden sich auch in der desolaten Bewegung der 90er wieder.

Innerhalb der Esoterik-Szene findet eine Hinwendung zur "europäischen Glaubensalternative", ein Zurück zu "Europas Göttern" statt. Neoheide und Esoteriker, "neue" und alte Rechte - Nazis - gehen aufeinander zu. Die einen suchen ihre alten Wurzeln, die anderen haben sie längst gefunden und konstruieren hieraus ihr "neurechtes" und neofaschistisches Welt- und Menschenbild.

Die Kunst- und Literaturszene philosophiert über die Ästhetik des Faschismus und sucht ihre eigene Identität in der "selbstbewußten Nation".

Unheimliche Allianzen - Faschisierung der Gesellschaft?

Jene Prozesse und Allianzen offenbaren sich bei verschiedenen kulturellen und politischen Diskursen. Biologistische, rassistische, sexistische, chauvinistische, nationalistische, völkisch bis in sich geschlossene Faschismen finden sich wieder und gewinnen an Relevanz.

Dies gilt für die Gesundheits- und Sozialpolitik, die Bevölkerungs- und Familienpolitik, die Frauenpolitik, sowie die "Innere Sicherheit", die Flüchtlings- und "Asyl"-politik, die Europapolitik, als auch für die bildungspolitischen Überlegungen und tarifrechtlichen Vorstellungen. Ebenso gewinnen reaktionäre Antworten auf wirtschaftliche, politische, kulturelle und gesellschaftliche Fragen an Bedeutung. Bioethische Konzepte und soziobiologische Ansätze manifestieren sich. Ökologie und Bevölkerungspolitik wird vermengt. Die "selbstbewußte Nation" wird propagiert, und Deutschland wettbewerbs- und wehrfähig gemacht.

Das auffällige Bemühen der etablierten Parteien, sich trotz ihrer Politik vom rechten Rand abzusetzen und das Schweigen der "Sozialen Bewegungen" zu ihren Tendenzen, dient nur dazu, das eigene Gesicht zu wahren. Zu peinlich wäre eine Diskussion zwischen Repräsentanten der Rechtsaußenparteien, Christ- und Sozialdemokraten sowie der Alternativ-Ökologie-Bewegung. Denn keiner der Zuhörer und Zuhörerinnen würde große inhaltliche Unterschiede feststellen.

1 Kurt Lenk: Rechts, wo die Mitte ist, Baden Baden 1994

2 Wolfgang Fritz Haug: Philosophen im Deutschen Faschismus. In: Wolfgang Fritz Haug (Hg.): Deutsche Philosophen 1933, Hamburg 1989, S. 28

3 Ursel Siebert, Bernd Siegler, Charlotte Wiedermann u. a.: Deutsche Demokraten. Wie Rechtsradikal sind CDU & CSU?, Göttingen 1994

4 Udo Sierck: Normalisierung von Rechts, Biopolitik der "Neuen Rechten", Hamburg 1995, S. 8

Paolo Fusi

AG Europäische Medienkonzentration - Folge nazistischer Finanzstrategien nach der Niederschlagung der NS-Regimes?

In den letzten Tagen des dritten Reichs flüchtet ein junger SS-Unteroffizier aus der Reichskanzlei. Er hatte als Buchhalter für H.J. Cäsar gearbeitet, den Präsidenten der Reichsbank, und kannte so - höchstwahrscheinlich - alle Bankkontonummern, welche Hitlers Regierung in der Schweiz hatte.

Der junge Unteroffizier geht nach Paraguay, dann in die Vereinigten Staaten. Niemand kümmert sich um seine Vergangenheit. Einzelne Konzerne in den USA finanzieren sein Come-Back in Europa. Am Anfang der 50er Jahre kehrt er nach Deutschland zurück. Ihm wird der Traditionskonzern Haniel gegeben, dessen Eigentum unter mehr als hundert Verwandten verstreut ist, und keine Führung hat.

Der SS-Unteroffizier Otto Beisheim ist kaum 30, aber Multimillionär. Sein ehemaliger Chef, Cäsar, arbeitet von Frankfurt aus mit einer kleinen Bank in Lugano, die in Devisen- und Schmuggelgeschäften tätig ist. Auch für ihn gab es keinen Nürnberger Prozess. Beisheim arbeitet in der Zwischenzeit auch mit der Familie Schmidt-Ruthenbeck, welche die Gruppe Spar beherrscht. Beisheim, Haniel, ein USA-Gruppe und Spar gründen die erste "Cash&Carry" Firma Europas, die Metro-SB Großmärkte. Die Gruppe Metro schreibt ständig roten Zahlen, wird aber immer reicher, immer größer: Metro kauft Horten, Pelikan, Tui, Asco, Comco, CWS, Kaufhof, SHV, und Dutzende von anderen Gruppen in Europa, Südafrika, Australien, usw.

Anfang der 60er Jahre wird in Lugano eine kleine Firma gegründet, sie erwirbt die Rechte für amerikanische Filmproduktionen im italienisch- und deutschsprachigen Raum, Filme die für Privatfernsehen vorgesehen sind. Noch gibt es natürlich keine Privatsender in Europa. Aber es gibt Leute, die wissen, daß es so etwas geben wird. Die Firma heißt heute Fininvest, und gehört zur Gruppe des ehemaligen Regierungspräsidenten Italiens Silvio Berlusconi. Die Rechte für die deutsche Fassung überlieferte Beisheim an Leo Kirch und den Südafrikaner Anton Rupert, der mittlerweile auch in die Schweiz gekommen ist.

Heute gibt es in Europa einen ständigen Konzentrationsprozeß im Detailhandel und Medienwesen. In diesem Konzentrationsprozess sind Metro, seine Verflechtungen und Einflußbereiche die stärksten. Sie stehen mit den schweizerischen und amerikanischen Dunkelfinanzern in enger Verbindung, und haben fließend Bargeld.

Wofür wird das Geld verbraucht, wenn die Firmen ständig rote Zahlen schreiben? Wie kann es sein, daß eine Gruppe gleichzeitig die Wahlen zum Regierungspräsidenten Italiens und die Bundeskanzlerwahl in Deutschland beeinflussen kann? Wie ist es möglich, daß ein Manager dieser Gruppe gleichzeitig Aufsichtsrat der BGB Bankgesellschaft Berlin, Präsident von Metro, Präsident der Treuhandanstalt und Präsident von Kohls Wahlkomitee ist? Stellt Metro nur eine Gefahr für den freien Markt dar, oder auch für die Demokratie in Europa? Was ist die Gruppe Metro überhaupt, und welche Verbindungen hat sie mit der Nazi-Szene und der Stasi gehabt?

Schwarzrote Hilfe

AG Repression

Aktuelle Repression: Die Verfahren gegen die Zeitschrift "radikal" und die §§ 129 und 129a

Am 13.6.95 wurden bundesweit über 50 Wohnungen, Infoläden und alternative Projekte durchsucht. Die Durchsuchungen basieren auf Ermittlungen nach den §§ 129 und 129a (Mitgliedschaft, Werbung, Unterstützung (für) eine(r) kriminellen bzw. terroristischen Vereinigung). Seitdem sitzen 4 Männer aus Berlin, Lübeck, Rendsburg und Münster in Untersuchungshaft. Ihnen wird vorgeworfen, an der Herausgabe der verbotenen Zeitung "radikal" beteiligt zu sein. Eine fünfte Person aus Bremen sitzt wegen Aussageverweigerung in Erziehungshaft.

Die §§ 129 und 129a sind seit ihrer Existenz ein Mittel der Repression gegen politische (meist linke) Gruppen. Sie setzen für die Betroffenen demokratische Bürgerrechte außer Kraft und werden vor allem zur Ausforschung linker Strukturen und zur Einschüchterung politisch aktiver Menschen eingesetzt. Nach §§ 129/a Inhaftierte befinden sich in der Regel unter Sonderhaftbedingungen in Isolationshaft, das gilt momentan auch für die Männer, die seit dem 13.6. in Untersuchungshaft sitzen. Näheres dazu in der Arbeitsgruppe.

Demonstrationen und Aktionen: Polizeitaktik und Selbstschutz

Unabhängig davon, wie eine Demonstration geplant ist - die TeilnehmerInnen, also wir, sind immer wieder Objekte staatlicher Begierde und polizeiliche Übergriffe sind nicht auszuschließen.

Hier geht es um das Verhalten der Polizei auf Demonstrationen, insbesondere deren Spezialeinheiten (MEK, USK, SFK und co.) und wie mensch sich gegen unliebsame Überraschungen schützen kann.

Antifaschistische Aktion Plauen

AG Innere Sicherheit

Präventive Konterrevolution

Unter der präventiven Konterrevolution verstehen wir den schrittweisen Ausbau von Repression, um zukünftiges und bereits vorhandenes Protestpotential zu bekämpfen, bzw. bereits jetzt potentielle "Straftäter" zu erkennen und zu überwachen (siehe Sächsisches Polizeigesetz, der große Lauschangriff, Observierung von Dritten etc.). Dies soll nicht bedeuten, daß davon ausgegangen wird, daß die Revolution bevorstünde, sondern wir sehen mehr den Vorbeugecharakter. Der Ausnahmezustand soll zum Normalzustand werden, für den Fall, daß eine revolutionäre Situation entstehen könnte. Das ist jedoch nur eine Seite. Z. B. das "Sächsische Polizeigesetz" ist so angelegt, daß es gegen jedeN angewandt werden kann. Die Frage ist, inwieweit diese Gesetze auch gegen sog. "Kriminelle" angedacht sind, bzw. welche Bevölkerungsgruppen unter dem Propagandabegriff der "organisierten Kriminalität" eingeschlossen sind. Unserer Meinung nach handelt es sich dabei sowohl um sog. "Kriminelle", die die Wirtschaft schädigen (z. B. Zigaretten-schmugglerInnen), als auch um politische Gruppen, die als "organisierte Kriminelle" entpolitisiert werden sollen (z. B. die kurdischen GenossInnen). Unter diesem Aspekt ist es zweifelhaft, ob der Begriff der "Präventiven Konterrevolution" dies alles noch umfassen kann, es ist uns allerdings noch nicht gelungen, einen treffenderen Begriff zu finden.

Als Ursachen für die Gesetzesverschärfungen sehen wir ökonomische an:

Der Staat versucht sich aus der sozialen Verantwortung herauszuziehen, genauso wie er sich als Überwachungsorgan der Wirtschaft zurückzieht, bzw. zurückgedrängt wird. Die Privatisierung des Arbeitsmarktes unter Wettbewerbsbedingungen, Sozialabbau, Eingriff in die Tarifautonomie lassen die Tendenz bereits erkennen. Diese Verarmungsstrategie könnte zu sozialen Kämpfen führen, die sowohl politisch, als auch in Form von banaler Kriminalität geführt werden. Mit verschärfter Repression soll dies bereits jetzt mittels Abschreckung aufgefangen werden; "die Spreu wird vom Weizen getrennt".

Bereits spürbare Einschränkungen der persönl. Rechte in der BRD, bzw. weitere, die in der Diskussion sind:

- Abschaffung des Demonstrationsrechts
- Verschärfung der Polizei-Aufgaben-Gesetze (siehe Sächsisches Polizeigesetz)
- Reformierung der Straf-Prozeß-Ordnung (Abschaffung von VerteidigerInnenrechten, Möglichkeit zur Revision erst ab einer Strafe von 1.000 DM, etc.)
- die Abschiebepaxis
- "Schnupperknäste" als Abschreckung für Ersttäter (Wochenende im Knast)
- die finanzielle Abschreckung (Bezahlen von Polizeieinsätzen)
- Abschiebeknäste

Als Scheinargument wird der Kampf gegen die organisierte Kriminalität, die Harmonisierung der europäischen inneren Verhältnisse, die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland genannt. Über die Medien wird versucht, der Bevölkerung zu suggerieren, daß diese Maßnahmen in ihrem eigenen Interesse seien, daß sie einer permanenten und vor allem anwachsenden Gefahr ausgesetzt sei, die es gilt zu bekämpfen.

Präventive Konterrevolution bedeutet heute für uns die Suche nach Maßnahmen, um all diejenigen, die nicht vom Kapital verwertet werden und durch die Löcher des sozialen Netzes fallen, als potentielle Kriminelle zu erkennen und auszuschalten. Die Unscheinbarkeit dieser "Gesetzesänderungen", bzw. die suggerierte Notwendigkeit soll kritische Stimmen aus der Bevölkerung mundtot machen.

Schwerpunkte für die Diskussion:

- Wofür und gegen was sind neue Gesetze zur Inneren Sicherheit konzipiert?
- Welche Rolle kommt dabei heute und in Zukunft deren Einsatz gegen "Linke" zu?
- Diskussion von Anwendungsbeispielen aus der jüngsten Vergangenheit (Abschiebepaxis, Anwendung SäPolGes gegen Nazis, Medienpolitik der Herrschenden)
- Worin bestehen die Schwierigkeiten, Informationen zum Thema öffentlichkeitswirksam darzustellen; warum besteht auch innerhalb unserer Zusammenhänge i. d. R. geringes Interesse?
- Auswege

Ingo Weidenkaff

AG Sekten: Neureligiöse Bewegungen, Weltanschauungsgemeinschaften, sogen. Psychogruppen und Okkultismus - Ein aktueller Szene-Bericht aus Thüringen

Die von der Fachwelt erwartete große Invasion der Seelenfänger im Osten Deutschlands scheint, so zumindest der Eindruck im Freistaat, ausgeblieben. Während viele Gruppen ihren Weg gen Osteuropa fortgesetzt haben und ihnen dort mehr Erfolg beschert ist, kann man in Thüringen derzeit eher von einer Stagnation sprechen. Die Gründe hierfür sind vielschichtig und liegen vor allem in der Skepsis, die sich durch viele unseriöse Heils-Anbieter in der Öffentlichkeit breit gemacht hat. Die Bürger in den östlichen Bundesländern registrieren inzwischen mit einer gewissen Vorsicht und Zurückhaltung Angebote verschiedenster Art.

Etwas anders zeigt sich die Situation im alternativ-therapeutischen Spektrum und auf dem Esoterik-Markt, wo die Angebotspalette unüberschaubar groß ist und für jedes Lebenssinn-Angebot scheinbar etwas zu finden ist. Problematisch wird es dann, wenn bestimmte Angebote eher kommerziell ausgerichtet sind. Aber auch moderne Hexen, Schamanen und vermeintliche Propheten bieten ihre Dienste an und finden in Zeiten einer gesellschaftlichen Umbruchsituation genügend Nährboden für ihre oft zweifelhaften Dienste. Die selbsternannte astrologische Seelsorgerin im Radio oder Führersprecher rätselhafter Phänomene regen die Phantasie ihrer Zuhörer zusätzlich an und sorgen für eine neue Subkultur. Der Trend hin, zum vermeintlich Übernatürlichen geht einher mit der Entwertung der modernen Wissenschaft.

Ähnlich problematisch zeigt sich die Entwicklung beim Okkultismus. Besonders unter Schülern macht sich zunehmendes Interesse breit. Einschlägig bekannte Jugendzeitschriften, aber auch übertriebener Sensationsjournalismus wecken hier die "Geister", anstatt junge Menschen zu sensibilisieren. Der Mordfall Sandro B. in Sondershausen ist bisher der tragische Höhepunkt einer "Okkultwelle", die im Satanismus eine besonders gefährliche Spielart hat.

Im einzelnen sieht es in Thüringen folgendermaßen aus:

Der vermeintliche Marktführer unter den sogenannten Sekten, Scientology, zeigt sich, abgesehen von vereinzelt Flugblattaktionen, kaum in der Öffentlichkeit. Inwieweit man in wirtschaftliche Geschäfte in Thüringen verwickelt ist, läßt sich nur vermuten. Der Verdacht liegt allerdings nahe, daß man versucht, mit Hilfe von Tarnfirmen wirtschaftlichen Einfluß zu gewinnen. Allerdings scheint sich auch bei uns ein bundesweiter Trend zu offenbaren, wonach die Scientology-Organisation kaum noch Mitglieder dazugewinnt, dafür aber neue Betätigungsfelder (Immobiliengewerbe, Wirtschaftsberatung) sucht.

Gruppen mit hinduistisch-meditativem Hintergrund, insbesondere die Krishna-Bewegung, Transzendente Meditation und Sri Chinmoy, haben sich nicht unerwartet in den Uni-Städten Thüringens niedergelassen und bieten hier ihre Dienste an. Vor allem Studentinnen und Menschen auf der Suche nach alternativen Lebensformen sind die Hauptzielgruppe; die Mitgliederzahlen halten sich allerdings stark in Grenzen.

Die Gemeinschaften mit christlichen Bezügen, vor allem die klassischen "Sekten" wie Zeugen Jehovas und Mormonen, sind fast immer im täglichen Straßenbild zu finden, wobei die Werbung oft als ausgesprochen aufdringlich empfunden wird. Nachdem beide Gemeinschaften wie viele andere nach DDR-Recht verboten waren, versuchen sie nun, übereifrig und mit z. T. großem finanziellen Aufwand neue Mitglieder zu rekrutieren. Als die "Wahren Christen" verkaufen sich die Anhänger der Holic-Gruppe besonders im ostthüringer Raum und fordern von ihren meist jungen Mitgliedern den totalen Einsatz, der oftmals in völliger körperlicher und seelischer Überforderung endet. So auch die Jünger der Mun-Bewegung, die mit "Göttlichen Prinzipien" ihren Mitgliedern ein neues Glaubenskonzept anbietet. Hier sind für Thüringen ziemlich schwere Betroffenen-Fälle zu registrieren. Die völlige Inanspruchnahme der Mitglieder kann hierbei bis zur totalen Isolation führen.

Alternative Therapie-Angebote treten im Freistaat in letzter Zeit gehäuft auf, dabei ist es nicht einfach, seriöse von unseriösen Anbietern zu unterscheiden. Sicher ist aber auch, daß neureligiöse Bewegungen wie Bhagwan/Osho oder die Transzendente Meditation sich seit Jahren bei uns um "Stammkundschaft" bemühen und dabei recht erfolgreich sind. Auch selbsternannte Therapeuten mit meist unzureichender fachlicher Qualifikation bieten für viel Geld eigens kreierte Therapien an, und können über Arbeit nicht klagen.

Der Esoterik-Markt in Deutschland ist seit Jahren eine milliardenschweres Geschäft mit der Seele. Besonders in Buchläden kann man sich von dem riesigen Angebot überzeugen, das von Selbsthilfe-Bestsellern über naturheilmedizinische Selbsttherapien, Astrologie bis hin zu okkulten Praktiken wie Pendeln oder Wünschelrutengehen reicht. Der Markt lebt dabei von der Neugier und Aufgeschlossenheit in großen Teilen der Bevölkerung, insbesondere der Sehnsucht nach Sinnerfüllung, Gesundheit und Ganzheitlichkeit. Die Abkehr vom Rationalen und der modernen Wissenschaft, vor allem der Schulmedizin verlangt die Suche nach Alternativen, die in ganzheitlichen futuristischen Denkmodellen scheinbar akzeptable Lösungen anbieten. Zunehmende Realitätsentfremdung und der Hang zum Schwärmerischen aufgrund einer überhöhten Erwartungshaltung können oftmals die Folge sein.

Besonders, aber nicht ausschließlich bei Jugendlichen, zeichnen sich okkulte Tendenzen ab, die oftmals durch sensationell aufgemachte Artikel in Jugendzeitschriften verstärkt werden. Hochstilisierte Satanismus-Reportagen verfehlen dabei genauso wenig ihre Wirkung unter den Fernseh-Zuschauern wie "Erste-Hilfe-Kurse" für okkulte Praktiken (Glasrücken oder Pendeln), die auch in Thüringen von einem Esoterik-Versand regelmäßig angeboten werden. Hinzu kommen gewaltverherrlichende Video-Produktionen, die die Gewalthemmschwelle vieler jugendlicher Konsumenten auf einen Tiefpunkt senken lassen. Dies war wohl auch einer der Gründe für den Mord dreier Jugendlicher an ihrem Mitschüler Sandro B. 1993 in Sondershausen. Auch in anderen Gegenden Thüringens sind satanistische Aktivitäten verspürbar, die sich meist in Beschmierungen von Kirchen oder Grabschändungen äußern. Wichtig ist es allerdings auch, hier zu differenzieren, da der Satanismus in seinen Formen sehr variantenreich ist.

Es besteht derzeit kein Grund, die derzeitige Situation auf dem religiösen Supermarkt in Thüringen zu dramatisieren. Doch die zunehmende Individualisierung der Menschen im Osten Deutschlands, hervorgerufen durch Konkurrenzdenken, Neid und Streben nach materiellem Wohlstand, sowie die Existenzängste vieler Bürger am Rande der Gesellschaft, werden besonders in den nächsten Jahren genügend Nährboden für die verschiedensten Gruppen aus der Weltanschauungsszene und dem New-Age-Spektrum liefern. Die Suche nach Sinnerfüllung, Erfolg und Macht, unterstützt von Aberglaube und Faszination, wird das Menschenbild einer zukünftigen Gesellschaft nachhaltig beeinflussen.

Die inhaltliche Auseinandersetzung mit dieser Gesamtproblematik muß weiter verstärkt werden, wobei der Ruf nach einem offiziellen "Sektenbeauftragten" in Thüringen derzeit nicht zu Disposition steht. Viel wichtiger ist es, mit einer sachlichen Aufarbeitung zu beginnen und dabei auch gesellschaftliche "Mangelerscheinungen" in die Diskussion einzubeziehen. Die Zusammenarbeit wichtiger gesellschaftlicher Gremien und politischer Institutionen wie Jugendschutz, Polizei, Verfassungsschutz und einzelner Ministerien sollte dabei eine wichtige Grundlage sein.

Grundlegend sollte man sich, um weitere öffentliche Debatten und Mißverständnisse zu vermeiden, über den Begriff "Sekte" einigen, der sich in den letzten Jahren eher zum Kampfbegriff entwickelt hat. Eine klare Definition oder Neubenennung wäre hier vonnöten. Darüberhinaus muß eine differenzierte Gesamtdarstellung dieser Problematik oberstes Gebot sein.

Heleno Sana

AG "Die Lüge Europa". Der späte Sieg der Deutschen

Neben der aus der CDU/CSU und Teilen der FDP bestehenden traditionellen Rechten hat in Deutschland eine extreme bis neofaschistische Rechte Fuß gefaßt, die die Republikaner, die NPD, die DVU und eine sich immer ändernde Zahl von legalen oder verbotenen Organisationen samt ihrer Schläger und Skinheads umfaßt. Ihr Verhältnis ist zwiespältig und widerspruchsvoll. Der Rechtsextremismus verkörpert die plebejische Spielart der neu entstandenen Deutschtümelei, während die christdemokratischen und nationalliberalen Formationen die Interessen des etablierten, salonfähigen Konservatismus vertreten. Zwischen beiden Lagern bestehen handfeste Antagonismen, aber auch unübersehbare Gemeinsamkeiten. Zur letzteren gehören unter anderem der Haß auf die Linke, die nationalsozialistische Gesinnung und der Drang, aus Deutschland die führende Macht in Europa zu machen. Aber sie sind auch Rivalen, die um ihre jeweiligen programmatischen Vorstellungen und Machtpositionen ringen. (...)

Den Versuch, die neuere Geschichte Deutschlands und insbesondere die NS-Vergangenheit in ein besseres Licht zu rücken, hat es vom ersten Moment an gegeben. Das trifft auch auf die liberalkonservativen Historiker zu, die in den ersten Jahren nach Kriegsende das Geschichtsbild der neueren Geschichte Deutschlands prägten, und die trotz ihrer kritischen Einstellung zum Dritten Reich Mittel und Wege fanden, Entlastungsargumente für die deutsche Fehlentwicklung herbeizuzaubern (...). Aber erst seit der Bonner Wende im Jahre 1982 wird die Geschichtsklitterung systematisch und mit zunehmender Hemmungslosigkeit betrieben. Der von Ernst Nolte Mitte der achtziger Jahre entfesselte Historikerstreit war nur der Anfang. Entlastende Thesen, die früher nur von unverbesserlichen und notorischen Nazis vertreten wurden, werden seit geraumer Zeit auch von seriös geltenden Historikern und Publizisten aufgegriffen und mit pseudo-wissenschaftlichen Argumenten und zweifelhaften Quellenhinweisen salonfähig gemacht.

Nolte, Hillgruber, Stürmer und sonstige Fahnenträger des rechtskonservativ ausgerichteten Geschichtsrevisionismus tun nichts anderes, als das zu artikulieren, was sich eine zunehmende Zahl von Deutschen wünscht: Weg von den selbstkritischen Studien der in den sechziger und siebziger Jahren entstandenen liberal-demokratischen Geschichtswissenschaft und zurück zu einer verklärenden Auslegung der Vergangenheit. Es geht also nicht um akademische Dispute unter Fachgelehrten, sondern um eine bewußtseinspolitische Mutation. (...)

Die Geschichtsverzerrung setzt schon mit der Stilisierung des NS-Staats als "modernisierend" ein. So zögert Nolte nicht, die Frauenpolitik, die sozialen Einrichtungen und gar die euthanasischen Maßnahmen des Dritten Reiches als "modern" und zukunftsweisend zu bezeichnen. Zwar ist er vorsichtig genug, um die NS-Verbrechen nicht in Frage zu stellen. Aber er relativiert sie, indem er sie als bloße Exzesse und Überreaktionen gegenüber den Untaten der Bolschewiki und der Juden herunterspielt. Und das ist gerade der eigentliche Zweck seiner Pseudo-Objektivität: Das Unleugbare zuzugeben, um die sonstige, grundsätzliche Geschichtsverfälschung zu legitimieren und als Produkt sachlicher Geschichtsschreibung zu präsentieren. (...) Daß der Geschichtsrevisionismus längst die Sphäre der professionellen Geschichtsschreibung verlassen hat und selbst ins Justizwesen eingedrungen ist, beweist unter anderem die Urteilsbegründung des Mannheimer Landgerichts gegen den NPD-Vorsitzenden Günter Deckert am 9.8.1994: "Nicht außer acht gelassen wurde auch die Tatsache, daß Deutschland auch heute noch, rund fünfzig Jahre nach Kriegsende, weitreichende Ansprüche politischer, moralischer und finanzieller Art aus der Judenverfolgung ausgesetzt ist, während die Massenverbrechen anderer Völker ungesühnt blieben, was, jedenfalls aus der politischen Sicht des Angeklagten, eine schwere Belastung des deutschen Volkes darstellt." Auch Roman Herzog betreibt Geschichtsrevisionismus, wenn er anlässlich des 75. Jahrestags der Weimarer Verfassung als Grund für ihr Scheitern die Friedensbedingungen der Alliierten und die aus den von ihnen auferlegten Reparationsleistungen entstandene wirtschaftliche Not nennt. Also rein exogene, außerdeutsche Gründe. (...)

Die Entlastung der neueren deutschen Geschichte ist nicht nur von dem patriotischen Streben diktiert, das über alles geliebte Vaterland in einem vorteilhafteren Licht erscheinen zu lassen; sie stellt darüber hinaus die Voraussetzungen für eine Legitimierung Deutschlands als zukünftige Großmacht dar, beinhaltet schon stillschweigend den Anspruch auf eine neue Ära germanischen Glanz und Gloria. Sie ist nicht nur sentimentale Nostalgie, sondern auch handfester Wille zur Macht und Revanchismus. (Aus: *"Die Deutschen. Zwischen Weinerlichkeit und Größenwahn"*)